

Lutz Marz

Zu einer modernen Ökonomie der DDR.

Leitlinien für eine öffentliche Strategiediskussion

Zusammenfassung: Die DDR befindet sich in einem »Teufelskreis« von ökonomischen, ökologischen, ideologischen, theoretischen und machtpolitischen Zwängen. Weder der von vielen für einzig möglich erachtete Pfad eines nationalistischen Kapitalismus der freien Konkurrenz noch die sichere Sackgasse des real existierenden Sozialismus weisen einen Ausweg aus dem Teufelskreis. Denn weder lokal noch global läßt sich die Ökonomie einer modernen Gesellschaft über eine Universalisierung der bekannten Marktmechanismen und/oder der tradierten Machtdispositive gestalten. Einzig durch eine öffentliche Förderung dezentraler Kooperationsinitiativen, die die Subjekte und Kollektive zu eigenverantwortlicher Steuerung der Innovationsprozesse in den Alltagswelten und in der Gesamtgesellschaft motivieren, könnte sich die DDR-Gesellschaft zu einer wahrhaft modernen Gesellschaft transformieren. Konkrete Kooperationsprojekte auf allen gesellschaftlichen Ebenen (und darin eingeschlossen solche der wirtschaftlichen Ost-West-Kooperation) müßten, so Marz, strategisch, eng und demokratisch, nicht aber kurzfristig, locker und elitär konzipiert und realisiert werden. Vor allem aber müßten sie auf dem Prinzip der Reziprozität aufbauen – d.h. auf einer wechselseitigen Nutzung der Stärken eines jeden Kooperationspartners.

»Im Labyrinth nützt dir kein Helm und keine Maske
 Wenn dir nicht Drachenblut ums Hirn gegossen ist
 nützt dir kein Eisen Wenn es festwuchs aber
 kehrst du nicht wieder Zeig deine Haut Theseus
 läßt sie noch Schmerzen ein
 nach soviel Totschlag Hast du Tränen
 Was ich dir geben kann: Ein dünner Faden
 Wenige Worte Nicht geknüpft aus Macht und Ruhmsucht
 Kannst du dir auf die Zunge beißen Held
 wenn du dich sprechen hörst wie deine Feinde sprechen
 Schneid aus dem Schädel dir das alte Denken
 mit deinem neuen Traum Weißt du wofür leben
 nach dem Labyrinth Was immer das auch sein mag
 Ich frag wieder Kann sein ich liebe dich Theseus
 dein kaltes Planen deine Kinderworte
 Gib acht daß dir dein Blut nicht einfriert im Gefecht
 Kannst du die Hoffnung töten die dich lähmt
 die Langgeliebte die dir jetzt am Hals hängt
 Nur wenn du meine Worte hörst und aushälst
 Wirst du den Ausgang finden Nicht den Ausweg
 Wählst du den Ausweg wählst du unser Ende«

(Holger Teschke, Blume am Hochufer, Gedichte 1975-1984, Berlin/Weimar 1985)

Die aktuelle Situation – die »euphorische Depression« als nüchterne Existenzfrage

Seit Anfang Oktober gewinnt in unserem Land zunehmend eine Gemütsverfassung Massenbasis, die sich vielleicht am treffendsten als »euphorische Depression« charakterisieren ließe. Die *Euphorie* resultiert daraus, daß langersehnte Normalitäten, wie etwa die ungestrafte öffentliche Meinungsäußerung oder die Reisefreiheit nach wie vor wie im Traum erlebt werden: Der Provinzler probiert sich als Weltbürger aus und der Gefühlshaushalt springt dabei aus den eingefahrenen Gleisen. Die *Depression* speist sich aus vier Ängsten: Ersten fürchten wir eine dreifache wirtschaftliche Ausblutung – durch die Besucherströme des Ostens, durch die Kapitalströme des Westens und durch die Marktströme aus der DDR in die BRD. Zweitens bangen wir um unser Selbstbild, um unsere sozialistische Identität und soziale Stabilität. Drittens schreckt uns der Alptraum, es könnte einen Weg zurück geben, indem die existierenden Normalitäten unter dem massiven Druck der ökonomischen Verhältnisse wieder eingeschränkt oder gar ganz aufgehoben werden. Viertens schließlich greifen aufgrund des programmatischen Defizits Rat- und Perspektivlosigkeit um sich. Diese diffuse Gefühlslage bündelt sich in folgender nüchterner Existenzfrage: *Kann es in der DDR eine moderne Ökonomie geben?*

Ausgehend von dem argumentativen Grundsatz, »was übrigbleibt, wenn man das Unmögliche ausgeschlossen hat, muß die Wahrheit sein, so unwahrscheinlich sie sich auch ausnehmen mag«¹, werde ich mich bemühen, in vier Stichpunkten eine mögliche *Antwortrichtung* zu skizzieren.

Das praktische Problem – die DDR-Ökonomie im Teufelskreis der Krise

In unserem Land als einem der entwickeltsten des real existierenden Sozialismus entfaltet sich ein Teufelskreis der Krise, der sich in seinen groben Umrissen wie folgt skizzieren läßt:

Die Wirtschaft

Nach optimistischen Experteneinschätzungen ergibt sich folgendes Bild:

- a) Die Auslandsverschuldung beträgt 20 Mrd. Dollar und wird, allein aufgrund des daraus resultierenden Schuldendienstes, weiter steigen. Ende 1990 wird die Pro-Kopf-Verschuldung größer als die der VR Polen sein (Marz/Weidmann/Tietze 1989).
- b) Der Rückstand in der industriellen Arbeitsproduktivität gegenüber der BRD hat sich seit 1970 vergrößert. Gegenwärtig werden maximal 47 % der Arbeitsproduktivität der BRD-Industrie erreicht (Schwartau 1988, S. 718).
- c) Um dem westlichen Stand nahezukommen, müßten allein schon in die Bereiche »Umwelt und Energie« sowie »Konsumgüterindustrie« jeweils mindestens 200 Mrd. DM investiert werden (Schwartau/Müller 1989).

d) Die Autarkiedoktrin führte in allen Industriezweigen zu einem ressourcenverschlingenden Produktionsprofil. Aus der überlangen Nutzung moralisch und physisch verschlissener Altanlagen, die ca. 25 % der gesamten Produktionskapazitäten ausmachen (»Ökologische Briefe«, 1989), resultiert nicht nur eine ökonomisch und ökologisch nicht länger zu verantwortende Material- und Energievergeudung, sondern vor allem auch eine sozial explosive Beschäftigungsstruktur. Wenn etwa allein in den wichtigen Industriezweigen inzwischen jeder dritte Produktionsarbeiter ein »Reparaturarbeiter« ist (ebenda, S. 7), wird deutlich, daß der zwingend notwendige wirtschaftliche Strukturwandel in allen Zweigen die traditionelle Qualifikation, Mobilität und Disponibilität Hunderttausender Werktätiger betreffen wird.

Diese Situation wird durch folgende vier aktuelle Problemfelder weiter verschärft: Erstens schwinden angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung in den anderen sozialistischen Ländern alle Hoffnungen auf mögliche Hilfe, denn hier ist im Gegenteil mit weiteren zusätzlichen, wahrscheinlich sogar einschneidenden Belastungen zu rechnen. Zweitens eskalieren mit den offenen West- und Ost-Grenzen Versorgungs- und Währungsprobleme, die sich zwar kurzfristig administrativ einzudämmen, so jedoch keinesfalls dauerhaft lösen lassen. Durchgreifende Preis- und Subventionsreformen werden akut. Drittens steht es allen jederzeit frei, über diese offenen Grenzen das Land zu verlassen und so »mit den Füßen« über die Wirtschaftsreform abzustimmen. Viertens schließlich hätte eine prinzipiell immer noch mögliche Einschränkung oder gar Aufhebung der Reisefreiheit nicht nur innen- und außenpolitisch, sondern vor allem auch wirtschaftlich unabsehbare Folgen.

Die Ökologie

Daß wir auf diesem Gebiet am Rande der Katastrophe stehen, machen unter anderem folgende Daten und Fakten deutlich:

- a) Der jährliche Schwefeldioxid-Ausstoß beträgt mindestens 5 Mill. Tonnen (ebenda, S. 8).
- b) Gemessen am Territorium ist die Schadstoffbelastung der Luft fünfmal, gemessen an der wirtschaftlichen Leistung sogar achtmal größer als in der BRD (ebenda).
- c) Vom gesamten Wasserdargebot besitzen lediglich noch 2,4 % Trinkwasserqualität, während bei 55 % eine Trinkwassergewinnung bereits unmöglich ist. Davon ist knapp die Hälfte ökologisch tot und bei einem weiteren Siebentel ist schon das Bootfahren gesundheitsschädigend (ebenda, S. 10).
- d) Mit dem Ausbau der Braunkohle, die 80 % des Energiebedarfs deckt, wurden beste landwirtschaftliche Böden geopfert und großräumige Grundwasserabsenkungen hervorgerufen.
- e) Die regional weit überdurchschnittlichen Schadstoffbelastungen, wie etwa im Raum Halle-Leipzig, führten dort zu einer spürbaren Erhöhung der Krankheitshäufigkeit und der Sterberate (ebenda, S. 8).

Um eine Reduzierung der Umweltbelastungen um 50 % zu erreichen, müßten mindestens ein Viertel der Produktionskapazitäten stillgelegt werden (ebenda, S. 12).

Die Ideologie

Hier ist die Situation durch folgende drei Momente gekennzeichnet:

- a) Es existiert ein permanenter Erwartungsdruck, der sich in vier Hauptrichtungen entwickelt. Erstens werden schnelle, durchgreifende und allumfassende Veränderungen erhofft; zweitens wird erwartet, daß sich das eigene Lebensniveau gar nicht und wenn doch, so nur geringfügig und höchstens kurzfristig verschlechtert; drittens dienen weitgehend die Klischees der Lebensweise und des Lebensstandards in der BRD als Ziel- und Meßpunkt der Veränderungen; viertens werden Veränderungen der eigenen Denk- und Verhaltensweisen nur im Rahmen des vorhandenen Möglichkeitshorizonts eingeräumt, während die grundsätzlichen Aufbrüche konservativer Verhältnisse und tradierter Verhaltensmuster von anderen Gruppen abgefordert werden.
- b) Hinter einem scheinbar homogenen Wunsch großer Teile der Bevölkerung nach grundsätzlichen Veränderungen verbirgt sich tief verwurzeltes Doppelinteresse. Abstrakt wird alles zur Disposition gestellt, konkret jedoch nur das, worauf man meint verzichten zu können. Jene realsozialistischen Errungenschaften, von denen man selbst profitiert, sollen unangetastet bleiben, weil sie das einzige sind, was man hat. Aus diesem massenhaften Doppelinteresse resultiert die Gefahr instabiler Verhaltensweisen, ein Schwanken zwischen »Reform-Apathie« und »Reform-Hysterie«. Das »Umkippen« der polaren Verhaltensmuster kann sowohl individuell als auch kollektiv oder massenhaft durch vergleichsweise geringfügige Anlässe ausgelöst werden.
- c) Das Perspektivbewußtsein ist massenhaft zerrüttet, denn mit Blick auf das bereits erreichte und sich weiter abzeichnende Entwicklungsniveau moderner bürgerlicher Gesellschaften läßt sich weder aus der Geschichte der real existierenden sozialistischen Gesellschaften, noch aus den praktischen Erfahrungen und Ergebnissen der unterschiedlichen Reformprogramme ein massenhaft mobilisierendes Perspektivbewußtsein entwickeln. Der Kreis jener, für die jedwedes Sozialismusmodell endgültig ausgedient und jede kommunistische Partei unwiderruflich moralisch und programmatisch versagt hat, wird größer. Die Bereitschaft, sein eigenes und einziges Leben Ideologien der Zukunft zu opfern, schwindet, nicht zuletzt deshalb, weil die eigene Entwicklung oft als Opfergang mit materiellen Entbehrungen und psychischen Leiden, mit sozialen Demütigungen und enttäuschten Hoffnungen erinnert wird.

Wo sozialistische Ideologie noch verankert ist, wirkt sie meist konservativ, nicht produktiv.

Die Theorie

Auch partielle Spitzenleistungen können nicht darüber hinwegtäuschen, daß das gesellschaftstheoretische Potential in seiner Gesamtheit aus folgenden vier Gründen den Herausforderungen der Umgestaltung weder kurz- noch mittelfristig gewachsen ist:

- a) Die Komplexität der gesamtgesellschaftlichen Umgestaltung läßt sich nicht in Form vereinzelter oder verketteter Teilreformen bewältigen, da sich diese aufgrund ihrer rekursiven Vernetzung in Breite, Tiefe und Geschwindigkeit wechselseitig steuern. Für die Erarbeitung eines integrierten Gesamtprogramms, das sowohl handwerklich solide Teilkonzepte synchronisiert, als auch eine ausreichende Massenbasis gewinnen könnte, fehlt jeglicher theoretischer Vorlauf.
- b) Die jahrzehntelange Kanonisierung, Vulgarisierung und Ideologisierung des Marxismus-Leninismus blockiert die Erschließung seines wissenschaftlichen Potentials. Wo hier Theorieproduktion mehr ist als empiristische Handwerkelei, bewegt sie sich auf den endlosen Gleisen der Rekonstruktion.
- c) Die Kanalisierung der theoretischen Arbeit auf den Marxismus-Leninismus als einziger Gesellschaftswissenschaft hat den Forschungshorizont eingeengt, eine kritische Aneignung und produktive Verarbeitung komplementärer oder alternativer Theorien verhindert und somit einen massenhaften gesellschaftstheoretischen Analphabetismus erzeugt, der sich durch kurzfristige Kampagnen nur kaschieren, nicht beseitigen läßt.
- d) Tradierte Sozialismus-Paradigmen, wie etwa das »Paradigma vom Sozialismus als einem Monosubjekt« (Brie 1988, S. 33 f.), das »sozialismustheoretische Paradigma des Primats des Ganzen über die Individien« oder die »Laplace-Strategie« der Überorganisation und Übersteuerung (Marz/Wohanka 1989), steuern nicht nur die utopischen Theorien und konservativen Konzepte der Erhaltung oder wenigstens teilweisen Rettung illusionärer sozialistischer Errungenschaften, sondern auch die scheinbar radikalen »Wende«- und Reformprogramme. Diese sind meist nicht viel mehr als bloß reaktive Anpassungshilfen an aktuelle interne und externe Zwänge.

Die politisch diktierte Profilierungsoffensive der verschiedenen gesellschaftswissenschaftlichen Expertenkulturen täuscht eine gesamtgesellschaftliche Kompetenz vor, die real nicht vorhanden ist, und nährt trügerische Hoffnungen auf programmatische Wunder der Weisen.

Die Macht

Die konkreten Dispositive der Macht, in denen Wissen, Führen und Herrschen ineinander verschränkt sind², erzeugen eine allgemeine Ohnmacht der Gesellschaft gegenüber ihrer Krise, die sich in folgenden drei Symptomen äußert:

- a) Expertenwissen und Führungsfähigkeit ließen sich fast nur über Mitgliedschaften aneignen. Wer nicht Mitglied unserer herrschenden SED oder wenigstens der von ihr beherrschten Parteien und Massenorganisationen war, konnte weder die sachliche Kompetenz noch die persönlichen Fähigkeiten zur Führung gesellschaftlicher Prozesse erwerben. Große Teile der Bevölkerung, insbesondere viele hochqualifizierte und engagierte Bürger, wurden so von der Machtausübung ferngehalten und in die gesellschaftliche Ohnmacht gedrängt.
- b) Wissen und Führen wurden weitgehend an Herrschaft gekoppelt. Mehr Fachkom-

petenz über gesellschaftliche Prozesse und mehr Möglichkeiten sie zu führen, konnte nur der erwerben, der als zuverlässiges Instrument der Herrschaft funktionierte und sich in ihre Disziplinierungs- und Protegierungsrituale einfügte und einlebte. Macht konnte tendenziell nur der gewinnen, der die Mechanismen der kollektiven Entmachtung am Laufen hielt.

- c) Wissen und Führen wurden nahezu ausschließlich der Herrschaft untergeordnet. Sachliche Kompetenz und Führungsfähigkeit konnten lediglich einseitig, nämlich insofern und insoweit entwickelt werden, wie sie der Herrschaftssicherung dienen. Für eine Vielzahl jetzt dringlich zu lösender Probleme, wie etwa die qualifizierte Interessenvertretung der Werktätigen bei wirtschaftlichen Umstrukturierungen, technischen und organisatorischen Rationalisierungen, Preis- und Subventionsreformen usw., fehlen massenhaft sowohl Fachkompetenz als auch Führungsfähigkeit.

Expertenwissen und Führungsfähigkeit sind somit als Instrumente der Herrschaftssicherung nur partiell und einseitig entwickelt.

Der skizzierte Teufelskreis der Krise ist so in sich verflochten, daß selbst optimale Teillösungen für einzelne Problemfelder zwangsläufig in anderen Bereichen Konflikte zuspitzen. So würde etwa eine zügige Stilllegung der Altanlagen sowohl die Effizienz der Wirtschaft erhöhen, als auch die ökologischen Probleme entschärfen und es wäre sogar denkbar, daß die BRD einen solchen Schritt technisch und finanziell unterstützt. Über die sozial explosive Beschäftigungsstruktur koppelt ein solches Programm jedoch in die Bereiche Theorie, Ideologie und Politik zurück.

Die prinzipiellen Auswege – ein möglicher Pfad, eine sichere Sackgasse und eine eventuelle Perspektive

Aus diesem Teufelskreis der Zwänge zeichnen sich gegenwärtig folgende drei prinzipiellen Auswege ab:

Der mögliche Pfad zum nationalstaatlichen Kapitalismus der freien Konkurrenz

Programme, aus den vorhandenen sozialistischen Strukturen heraus irgendeine Alternative zu existierenden bürgerlichen Gesellschaften zu entfalten, werden als unrealistisch aufgegeben. Um den Zug nicht endgültig zu verpassen, um also die Gesellschaft zu retten und vor einem irreversiblen Absacken in eine obere Gruppe der Entwicklungsländer zu bewahren, werden alle Gedanken an eventuell vorhandene Alternativpotentiale völlig fallengelassen. Der gesamte programmatische Denk- und reformerische Handlungshorizont versenkt sich in die Aufgabe, solche nationalstaatlichen Adaptionskonzepte zu entwickeln, die einen schnellen und so weit wie möglich auch sozial schmerzarmen Nachvollzug traditioneller kapitalistischer Entwicklung ermöglichen. Das ökonomische Hauptkopplungsglied ist hierbei das Programm »Markt/freie Konkurrenz«, das strukturell am Kapitalismus des vorigen Jahrhunderts anknüpft. Der Motor der Ökonomie soll nicht mehr der Befehl, sondern die Konkur-

renz, ihr Steuerungszentrum nicht mehr das Büro, sondern der Markt sein. Mit einem Übergang vom Sozialismus des 20. Jahrhunderts zum Kapitalismus des 19. Jahrhunderts sollen so die Voraussetzungen für das nationalstaatliche Überleben im 21. Jahrhundert geschaffen werden.

Die sichere Sackgasse des real vegetierenden Sozialismus

Wenn grundsätzliche gesamtgesellschaftliche Reformen durch die führenden Kräfte – welche es auch immer sein mögen – nur halbherzig und zögerlich angegangen werden, wenn sie im skizzierten Teufelskreis der Zwänge leerlaufen oder in konzeptioneller Breite und Tiefe alltagspraktisch nicht durchgreifen, wenn sich Teilreformen – wie etwa politische und ökonomische – wechselseitig blockieren oder bereits angelaufene Reformprozesse wieder zurückgenommen werden, dann geht, da die äußeren und inneren Bedingungen zusehends komplizierter werden, nicht nur wertvolle Zeit verloren, sondern es wächst die akute Gefahr, daß sich die verschiedenen Teilreformen isoliert voneinander festfressen, die gesamtgesellschaftliche Reform stagniert und die bloße Lebenserhaltung des Gesellschaftskörpers und der Individuen zur alles dominierenden programmatischen Aufgabe wird. Der Entwicklungshorizont dieses Ausweges aus dem Teufelskreis der Zwänge besteht schlicht darin, daß die real existierenden sozialistischen Gesellschaften zu modernen Kolonien der modernen bürgerlichen Gesellschaften werden, da in einem vegetierenden Sozialismus keinerlei Voraussetzungen mehr bestehen werden, eine moderne Gesellschaft zu entwickeln.

Die eventuelle Perspektive für eine moderne Gesellschaft

Das Kernproblem dieser Chance ließe sich auf folgenden kategorischen Imperativ bringen: Technische, ökonomische und soziale Innovationsprozesse müssen durch die Individuen permanent in autonomen Formen persönlichkeitszentriert gekoppelt und menschheitlich ausgerichtet werden. »Persönlichkeitszentriert« heißt, direktes Ziel und unmittelbarer Zweck der gesamtgesellschaftlichen Produktion und Reproduktion kann nicht mehr die ständige Erweiterung und endlose Ausdifferenzierung eines ressourcenverschlingenden Warenkosmos sein, sondern ins Zentrum rückt die Persönlichkeit des Einzelnen, die Entfaltung seiner Individualität und Kreativität, die Entwicklung seiner Potenzen und die Revolutionierung seiner Bedürfnisse. »Menschheitlich ausgerichtet« bedeutet, daß die Meßlatte für den Inhalt der technischen, ökonomischen und sozialen Innovationsprozesse und für die Art und Weise ihrer Verknüpfung weder im Nabel realsozialistischer Gesellschaften noch in der Entwicklungslogik der universellen Vermarktung zu suchen ist, sondern nur im globalen Feld der ungelösten weltgesellschaftlichen Probleme. Mit einer Innovationsdynamik, die sich im Kern lediglich auf ein kurzatmiges Hinterherhasten und einen modifizierten Nachvollzug bereits angelaufener Innovationsprozesse beschränkt, gewinnt ein moderner Sozialismus keine weltgesellschaftliche Perspektive. »Durch die Individuen« meint, daß diese nicht hinter ihrem Rücken und über ihren Köpfen hinweg als leben-

dige Objekte in eine fremdgesteuerte Innovationsdynamik eingepaßt werden, sondern daß sie als Subjekte in kooperativen Formen sowohl die Innovationsprozesse in ihren Alltagswelten als auch in der Gesamtgesellschaft eigenverantwortlich steuern können und müssen. »Autonome Formen«, zielt darauf, daß das Problem der Führung und Leitung der Innovationsdynamik nicht mehr in Modellen eines Zentrums – ob nun als »Spitze einer hierarchischen Pyramide« oder als »Mitte einer pluralistischen Kugel« vorgestellt – gedacht und gelöst werden kann. Worum es geht, ist die massenhafte Herausbildung und systematische Entfaltung von individuellen und kollektiven Kooperations- und Koordinationsleistungen.

Diese dritte Entwicklungsrichtung wäre weder ein Umweg, noch eine Sackgasse, sondern ein tatsächlicher Ausgang aus dem Teufelskreis der Zwänge, eine Perspektive. Doch gerade diese Perspektive mutet illusorisch an, da sie zunächst theoretisch abstrakt, politisch radikal und ökonomisch destabilisierend, kurzum, utopisch und unrealistisch erscheint. Wer sich jedoch dieser Variante verschließt, muß sich entweder zwischen den beiden ersten entscheiden oder prinzipiell neue aufzeigen. Meines Erachtens fallen gerade jetzt, in diesen Monaten, für uns Möglichkeit und Notwendigkeit zusammen, uns aus dem argumentativen Kerker der falschen Alternative »entweder sozialistische Identität und ökonomische Stabilität oder Reformradikalität« herauszuarbeiten. Eine produktive gesamtgesellschaftliche Strategiediskussion zur effizienten Ökonomie einer modernen Gesellschaft wird sich nur auf dem Terrain »*Identität und Stabilität durch Radikalität*« entfalten lassen.

Die grundlegende Lösungsrichtung – weltgesellschaftlicher Horizont statt provinzieller Nabelschau

Die gegenwärtigen Diskussionen um eine grundlegende Wirtschaftsreform und eine neue Ökonomie scheinen mir vor allem an provinzieller Nabelschau zu kranken, denn den Maßstab, aus dem die Prädikate »grundlegend« und »neu« abgeleitet werden, bilden wesentlich die ökonomische Ideologie und die wirtschaftliche Praxis der real existierenden sozialistischen Gesellschaften. Ich möchte dies an zwei Beispielen illustrieren:

a: Das Problem der Wirtschaftslenkung: Soweit ich es überblicken, besteht weitgehend Einigkeit darin, daß die Ökonomie nicht mehr in Form einer Kommandowirtschaft betrieben werden kann, daß sie also aus der sogenannten »administrativen Hand« befreit werden muß. Daraus ergeben sich jedoch zwei grundlegende Probleme: Erstens wäre zu klären, wessen Organ diese mysteriöse »administrative Hand« eigentlich ist, denn sie schwebt ja nicht frei im gesellschaftlichen Raum, sondern ist an einen bestimmten sozialen Organismus gebunden, der sie permanent regeneriert. Wachsen diesem Organismus die »administrativen Hände« so schnell nach, wie einer Hydra die Köpfe, wird die Befreiung der Ökonomie Donquichotterie. Und die nächstliegende und scheinbar so radikale Antwort, es wäre die Politbüro-, Partei- und Ministerialbürokratie, die dieser Organismus bilde, kommt zwar immer gut an, trifft je-

doch meines Erachtens nur einen Bruchteil der Wahrheit, denn es sind die eingeübten alltäglichen Denk- und Verhaltensmuster von Millionen, aus denen die Zellen dieses sozialen Organismus bestehen. Angenommen, dieses Problem ließe sich lösen, wäre dann zweitens zu entscheiden, in welche »alternative Hand« die Ökonomie zu legen ist. Und hier kreisen die Debatten um zwei »Hände«, nämlich die »unsichtbare Hand« des Marktes und die »imaginäre Hand« des »Selbst« bzw. »Eigen« der Wirtschaftseinheiten, also etwa Selbstverwaltung, Selbstorganisation, Selbstregulierung oder Eigenerwirtschaftung, Eigeninitiative, Eigenverantwortung (Marz, 1989, S. 84 ff.). Die inhaltlichen Diskussionen bewegen sich dabei in einem Problemraum, der durch folgende drei Frageachsen definiert ist: Wie große und stark dürfen diese ökonomischen »Hände« überhaupt werden, damit man sie noch wirtschaftspolitisch im Griff behält? Über welchen rein ökonomischen Mechanismus lassen sie sich entfalten und in Gang setzen? Wie können sie von einem politischen Zentrum aus gesteuert, kontrolliert und diszipliniert werden? Gesucht wird mithin nach einem zentral lenkbaren ökonomischen *perpetuum mobile*.

b: Die Frage der Errungenschaften: Eine ganz Reihe von Begriffen, mit denen über unsere Ökonomie und insbesondere deren Errungenschaften nachgedacht und diskutiert wird, fungieren als Evidenzen, als nicht mehr hinterfragte Selbstverständlichkeiten. Da wäre zum Beispiel der Terminus »Volkseigentum«. Und da einem bei dem Wort »Eigentum« auch »Eigentümerverhalten«, »Aneignung« oder »Verfügungs- und Entscheidungsgewalt« einfällt, könnte doch gefragt werden: Existiert überhaupt ein Eigentümerverhalten des Volkes, verhalten sich die Millionen Werktätigen alltagspraktisch als Eigentümer? Inwiefern können sich Betriebskollektive die Früchte ihrer Arbeit, zum Beispiel die Devisen des NSW-Export, (des Exports in »nichtsozialistische Wirtschaftsbereiche« – die Redaktion), für ihre Produktion oder Konsumtion aneignen? Welche reale Verfügungsgewalt hat das Volk über das produzierte Nationaleinkommen, in welche volkswirtschaftlichen Entscheidungsprozesse ist es einbezogen? Gibt es überhaupt »Volkseigentum« oder handelt es sich hier nur um eine Worthülse, eine ideologische Fiktion? Oder nehmen wir eine der Hauptzielscheiben der Kritik, die »Planung«, die angeblich unbedingt zu reduzieren wäre. Existiert sie überhaupt, wo doch tagtäglich millionenfach in der Wirtschaftspraxis die Unplanmäßigkeit als das Normale und Typische erlebt und durchlebt wird? Die Liste der Kategorien ließe sich fortsetzen. Wenn einem dann nichts Rechtes mehr einfallen will, zieht man sich häufig in eine scheinbar unangreifbare soziale Bastion zurück, indem man darauf verweist, daß es im Sozialismus wenigstens keine Massenarbeitslosigkeit gäbe. Aber auch da bin ich mir nicht so sicher. Freilich, wir kennen keine Massenarbeitslosigkeit *vom Arbeitsplatz*. Existiert aber nicht statt dessen eine Massenarbeitslosigkeit *am Arbeitsplatz*? Dieses Phänomen ist zwar bisher meines Wissens nicht zum Gegenstand systematischer Untersuchungen gemacht worden, doch ließe es sich wie folgt grob umreißen: Die Werktätigen stehen zwar in einem juristisch gültigen Arbeitsrechtsverhältnis, das ihnen die vertraglich vereinbarten finanziellen Bezüge in Form von Lohn oder Gehalt in voller Höhe sichert, doch dieses Arbeitsrechtsverhältnis ist ganz oder teilweise nur *formell*, da *reell* keine Arbeit geleistet wird. Zwei charakteristische Formen einer sol-

chen »Nicht-Arbeit« sind z.B. *Anwesenheit* und *Beschäftigung*. Eine Reduktion der Arbeit auf bloße Anwesenheit oder Beschäftigung kann vielerlei Ursachen haben. Fehlen stunden-, schichten- oder tageweise Grund- oder Hilfsmaterialien, bleiben Maschinen bzw. ganze Fertigungsabschnitte stehen, so wird »gegammelt«, bis die Arbeitszeit beendet ist. Werden Leiter oder Ingenieure in der Forschung und Entwicklung mit administrativ-bürokratischen Aufgaben überhäuft, müssen sie für übergeordnete Dienststellen Meldungen absetzen und Abrechnungen erstellen, deren Nutzen auch Einsichtigen dunkel bleibt, heißt es, man »produziert Papier«, »erfindet Zahlen«, »befriedigt die Bürokratie« oder »denkt sich einen Nutzen aus«, und es wird von Beschäftigungstherapie gesprochen. Es steht zu vermuten, daß eine Arbeitslosigkeit am Arbeitsplatz durch ihre spezifische Dequalifizierung, Entmachtung und Blockierung der Persönlichkeitsentwicklung individuell ähnliche Wirkungen zeitigt wie die Arbeitslosigkeit vom Arbeitsplatz in bürgerlichen Gesellschaften.

Um aus dem skizzierten Diskussionsleerlauf herauszukommen, halte ich es für zwingend notwendig, die verkrampfende Perspektive zu wechseln, den Kopf zu heben und die Nabelschau zu beenden, um mit einem weltgesellschaftlichen Horizont an die Lösung der aktuellen Aufgaben zu gehen. Und hier sehe ich insbesondere folgende vier Ansatzpunkte:

Ansatzpunkt 1: Die bürgerliche Gesellschaft als erste moderne Gesellschaft. Wollen wir aus unserer gegenwärtigen Krise heraus den Aufbruch zu einer modernen Gesellschaft organisieren, dann brauchen wir tatsächlich *praktikable* und wirklich *neue* Lösungen. Einen erfolgversprechenden Suchraum für solche Lösungen bietet meines Erachtens nur die *Praxis*, *Geschichte* und *Theorie moderner Gesellschaften*, mithin die bürgerliche Gesellschaft als erste moderne Gesellschaft (vgl. Brie/Brie/Land/Segert 1988, S.13; Krüger 1988, S. 94 ff.). Dieser allgemeine Ansatzpunkt läßt sich bereits innerhalb des marxistisch-leninistischen Denkhorizonts konkretisieren. Wenn nämlich Lenin schreibt, »wir können uns keinen anderen Sozialismus vorstellen als den, der sich auf den Grundlagen aller Lehren aufbaut, die die kapitalistische Kultur geschaffen hat« (LW, Bd. 27, S. 301) und wenn er darauf verweist, »daß es unmöglich ist, den Sozialismus aufzubauen oder einzuführen, ohne bei den Organisationen der Trusts zu lernen« (LW, Bd. 27, S. 343), so sind damit zunächst zwei entscheidende Denk- und Handlungsrichtungen benannt, die auf ihre Aktualität und Praktikabilität hin zu prüfen wären.

Ansatzpunkt 2: Die Konzerne und die universelle Persönlichkeitsentwicklung als allgemeines gesellschaftliches Produktionsgesetz. Auch die Frage, was wir heute von den Organisationen der Trusts lernen können, läßt sich im Rahmen der Marxschen Theorie beantworten, denn für die Ökonomie der bürgerlichen Gesellschaft wird es, nach Marx, »zur Frage von Leben und Tod« (MEW, Bd. 23, S. 512), die *universelle Persönlichkeitsentwicklung* als »allgemeines gesellschaftliches Produktionsgesetz anzuerkennen und seiner Verwirklichung die Verhältnisse anzupassen.« Auch wenn diese Frage in den verschiedenen (humanistischen, theoretischen, politischen, künstlerischen etc.) Diskursen der Gesellschaft zirkuliert und von dort zunehmend von außen an die Ökonomie herangetragen wird, so handelt es sich dennoch nicht um eine

außerökonomische Frage. Das Problem, die universelle Persönlichkeitsentwicklung als allgemeines gesellschaftliches Produktionsgesetz anerkennen und seiner Verwirklichung alle anderen gesellschaftlichen Verhältnisse anpassen zu müssen, ist im ökonomischen Raum der bürgerlichen Gesellschaft entstanden, stellt sich in dessen Alltagspraxen und ist auch dort zu bewältigen³. Wenn Toyota-Manager notieren, Arbeit heiße »Menschen rundherum glücklich zu machen« (Japan Management Association 1986, S. 10), wenn im Siemens-Konzern bei einer systemtechnischen Entwicklung der »Mensch als Mittelpunkt« (Charwat 1985, S. 386), zentriert wird und dessen Eigenschaften und Aufgaben als »der gültige Maßstab« fixiert werden, wenn sich exzellent geführte US-amerikanische Unternehmen gerade dadurch auszeichnen, daß sie die »Investitionen in ›human capital‹ für wichtiger als Kapitalanlagen aller anderen Art« (Hartmann 1987, S. 39) halten, die »Achtung vor dem einzelnen« und die »Menschen als wichtigste Quelle der Produktivitäts- und Qualitätssteigerung« nicht nur agitatorisch verkünden, sondern als Coaching einer Face-to-face-Führung, die massenhaft »die Kompetenz der Mitarbeiter anerkennen und stärken« soll, alltagspraktisch entwickeln, um so »auch aus ›durchschnittlichen‹ Leuten gute oder sogar sehr gute Mitarbeiter zu machen«, dann ist all dies keine Frage der Menschenfreundlichkeit, sondern der Effektivität und Innovativität. Diese Konzernstrategien resultieren nämlich primär nicht daraus, daß zwischen Management und Werktätigen um einen mehr oder weniger menschenwürdigen Kurs durch das weite Quellgebiet der wirtschaftlichen Effizienz gerungen wird, sondern diese Strategien werden dadurch dominant, weil andere Quellen der Effizienzsteigerung tendenziell versiegen. Moderne Gesellschaften stehen nämlich vor der Aufgabe, den zweiten großen menschheitshistorischen Dominanzwechsel innerhalb der Produktivkräfte, also den Übergang von Produktivkräften der gesellschaftlichen Arbeit zu allgemeinen gesellschaftlichen Produktivkräften, durch einen Dominanzwechsel von der klassenantagonistischen zur gesamtgesellschaftlich bewußten Art und Weise ihrer Hervorbringung und Entfaltung zu bewältigen (Krüger 1988, S. 104). Und die ökonomische Dimension dieser Aufgabe besteht eben im *Dominanzwechsel des allgemeinen gesellschaftlichen Produktionsgesetzes*.

Gerade hier kann und muß eine gemeinsame enge Zusammenarbeit ansetzen, denn die ökonomische Leistungskraft einer Gesellschaft wurzelt letztlich nicht in den toten apparativen Gehäusen einer sich selbst erzeugenden Supertechnik, sondern in der massenhaften Leistungsmotivation, -bereitschaft und -fähigkeit der Produzenten und in der Effektivität ihres alltäglichen kooperativen Zusammenwirkens.

Ansatzpunkt 3: Die globale Synchronisation lokal effektiver Lösungen. Das ökonomische Hauptproblem moderner bürgerlicher Gesellschaften wird in den nächsten Jahren vor allem darin bestehen, die skizzierten vielfältigen, *lokal* effektiven Anerkenntnis- und Anpassungsleistungen *global*, im System der nationalstaatlich organisierten Gesamtgesellschaft, ja der Weltgesellschaft zu synchronisieren, denn lokal stabile Lösungen werden oft auf Kosten anderer gesellschaftlicher Teilsysteme und zu Lasten der Gesamt- und Weltgesellschaft realisiert. Die dadurch erzeugten Instabilitäten wirken nicht nur als Sachzwänge auf die Teilsysteme zurück, sie stellen darüber

hinaus perspektivisch die Existenz der bereits vorhandenen Anerkennnis- und Anpassungsleistungen in Frage. Bereits einige hinlänglich bekannte Stichworte aus dem alltäglichen Diskurs der Katastrophen, wie etwa Hochrüstung durch Hochtechnologie, Gentechnologie und Medienkultur oder Ökologie, Elend in der Dritten Welt und Drogensucht, verweisen auf die menschheitliche Dimension dieses Zusammenhangs. Dieses Problem wird sich jedoch nur lösen lassen, wenn es gelingt, Natur-, Technik- und Gesellschaftswissenschaften in einer gesamtgesellschaftlich bewußten Art und Weise als allgemeine gesellschaftliche Produktivkräfte hervorzubringen und zu entfalten. Diese Aufgabe ist nicht in ferner Zukunft, sondern *jetzt* zu bewältigen, denn wer dies nicht vermag, der wird in den nächsten zehn bis zwanzig Jahren unweigerlich in eine obere Gruppe der Entwicklungsländer absinken. Und dieses Problem wird sich perspektivisch weder mit den traditionellen Handlungsstrategien der universellen Vermarktung noch der universellen Vermachtung lösen lassen. Die Reproduktion der Menschheit wie des einzelnen wird davon abhängen, ob es gelingt, die Wissenschaft so aus den Marktmechanismen und Machtdispositiven herauszulösen, daß sie als Produktivkraft menschheitlich assoziierter Produzenten wirksam werden kann. Diese Aufgabe steht sowohl vor den modernen bürgerlichen als auch den real existierenden sozialistischen Gesellschaften. Hier liegen Chancen und Zwänge für eine enge Kooperation.

Ansatzpunkt 4: Die Ökonomie zwischen Markt und Macht. Die Ökonomie moderner Gesellschaften ist der Gegenstand vielfältiger konträrer und komplementärer, sich überlagernder und durchdringender Diskurse. Wer diese Vielfalt der verschlungenen Diskurslinien verfolgt, gelangt immer wieder an einen gemeinsamen Ausgangs- und Fluchtpunkt. In diesem Punkt treffen sich auch die Grabensysteme der traditionellen Kontroversen wie etwa bürgerliche kontra marxistische, konservative versus progressive, pragmatische wider abstrakte Ökonomie. Dieser Punkt, der jenseits der Diskurse im Feld ihrer Evidenzen liegt, ist die *Vorstellung von der Topologie der Ökonomie* (Boltjanskij/Efremovic 1986, S. 6; Althusser 1977, S. 133 ff.). Eine derartige Vorstellung basiert auf folgenden drei Grundannahmen: Erstens wird unterstellt, in der Gesellschaft existierten nichtökonomische Räume, das heißt abgeschlossene Bereiche, isolierte Gebiete, abgegrenzte Teil- oder Subsysteme, die nicht ökonomisch sind. Auch wenn sie als mit dem ökonomischen Raum gekoppelt vorgestellt werden und wechselwirken, wenn dieser auch in sie hineinragt oder sie sich aus ihm entwickeln, so handelt es sich doch stets um gesellschaftliche Entitäten, denen das Ökonomische letztlich äußerlich ist. Als solche nichtökonomischen Räume werden etwa Politik und Ideologie, Religion und Kunst, Wissenschaft und Pädagogik vorgestellt. Zweitens wird angenommen, es gäbe einen besonderen abgegrenzten Bereich, in dem das Ökonomische der Gesellschaft existiert. Man mag dann darüber streiten, wie eng oder weit, starr oder fließend, durchlässig oder undurchlässig die Grenzen dieses Bereiches sind, ob es sich um ein Fundament handelt, auf dem das Gesellschaftsgebäude ruht, um ein lebendiges Organ im Gesellschaftskörper – sei es nun in den Denkfiguren »Herz«, »Kreislauf« oder »Stoffwechselsystem« – oder um ein Funktionssystem des gesellschaftlichen Gesamtsystems – all diesen Bildern unterliegt die Vorstellung ei-

ner von anderen gesellschaftlichen Räumen isolierten Entität. Drittens schließlich wird der ökonomische Raum der Gesellschaft mit ihrer Wirtschaft identifiziert. Wenn von »Ökonomie« gesprochen wird, so geschieht dies stets in Verbindung mit einem bestimmten Sektor der Gesellschaft, nämlich im Zusammenhang mit Industriebetrieben und Aktiengesellschaften, mit der Energie- und Landwirtschaft, mit Banken und Genossenschaften, mit dem Verkehrs- und Bauwesen, mit den Dienstleistungen und den Außenhandelsgesellschaften etc. – kurzum, mit der Wirtschaft der Gesellschaft. Auch wenn »Ökonomie« und »Wirtschaft« vielleicht nicht völlig identifiziert werden, so wird doch angenommen, es reiche hin, die Wirtschaft zu packen, um die Ökonomie in den Griff zu bekommen. Im Rahmen dieses Denkmodells wird dann darüber gestritten, ob und wie die Ökonomie über Marktmechanismen und/oder über Machtdispositive effizient und gesellschaftlich verträglich gemacht werden kann. Eben dieses geradezu paradigmatische Denkmodell, in dessen Rahmen sich nicht nur das alltagsverständliche Denken, die traditionellen Marx-Interpretationen (Stiehler 1974, S. 124 ff., 1981, S. 131 ff.; Pokrytan 1981, S. 53; Kusminow 1976, S. 547 ff.) und die Konzepte profilierter bürgerlicher (Luhmann 1988) und marxistischer (Krüger 1988, S. 102) Theoretiker der modernen Gesellschaft, sondern auch die bisher entwickelten und praktizierten Reformprogramme sozialistischer Länder (vgl. Gorbatschow 1987 a; 1987 b; 1988; 1989; KPdSU 1987; 1988; Schmeljow 1989) bewegen, wäre jedoch mindestens aus zwei Gründen zu hinterfragen: Erstens ist jede technische, organisatorische, finanzielle, Planungs-, Kontroll- oder sonstige Struktur in der Wirtschaft immer auch zugleich ein spezifisches Machtdispositiv, das heißt eine besondere Verknüpfung der drei Handlungsebenen Wissen (Theorie), Führung (Ideologie) und Herrschaft (Politik) (vgl. Linhart 1980; Marz 1988, S. 25 ff.). Die Wirtschaft läßt sich also schwerlich als homogener, rein ökonomischer Raum vorstellen. Zweitens, und dies wird insbesondere beim Problem der Produktion und Reproduktion der individuellen und kollektiven Arbeitskraft deutlich, kann Ökonomie nicht auf Wirtschaft reduziert werden. Es ist wohl offensichtlich, daß dieser Prozeß nicht nur in der Wirtschaft abläuft, sondern weit darüber hinausgreift, etwa in solche Bereiche hinein wie Familien, Krippen, Schulen, Universitäten, Armee, Parteien, Massenorganisationen, Bürgerinitiativen, Medien, Kunst, Gesundheitswesen, Sozialversicherungen etc. (Foucault 1979; Dreyfus/Rabinow 1987). Darüber hinaus ist klar, daß mit einer perspektivischen Verkürzung der Arbeitszeit das spezifische Gewicht der Wirtschaft für die Produktion und Reproduktion der Arbeitskraft tendenziell abnimmt. Hinzu kommt, daß sich mit einer weiteren Ausdifferenzierung der nichtwirtschaftlichen Bereiche der Gesellschaft dieser Produktions- und Reproduktionsprozeß immer mehr segmentieren wird. Dies alles deutet darauf hin, daß sich die Ökonomie moderner Gesellschaften weder lokal noch global über eine Universalisierung der bekannten Marktmechanismen und/oder der traditionellen Machtdispositive gestalten lassen wird. Hier, auf der Grundlage aller Lehren, die die bürgerliche Kultur bisher geschaffen hat, um produktive Alternativen zu erarbeiten, wird Kooperation zur Existenzfrage moderner Gesellschaften. Kooperation wird mithin zur ökonomischen Notwendigkeit.

Ausgehend von den skizzierten vier Ansatzpunkten wird es für die DDR *zwingend notwendig, in kürzester Frist einen komplexen und irreversiblen Übergang von Konfrontations- zu Kooperationsstrategien zu vollziehen. Dies setzt voraus, daß die gesamtgesellschaftliche Programmatik und die öffentliche Diskussion mit aller Konsequenz darauf ausgerichtet werden.*

Ein konkreter Vorschlag – erste Umriss eines integrierten Kooperationsmodells in der Wirtschaft

Wenn die gesamtgesellschaftliche Programmatik strikt von Konfrontations- auf Kooperationsstrategien umgestellt wird, so muß die wirtschaftspolitische Strategiediskussion vom zögerlichen Stellen der »Ob-Fragen« durch Experten auf eine öffentliche, alle gesellschaftlichen Gruppen einschließende Antwortsuche auf die »Wie-Fragen« ausgerichtet werden: Wie erfolgt eine Umschuldung der Auslandsverbindlichkeiten, wie wird die DDR IWF-, Weltbank- und EG-Mitglied, wie kann die Währungskonvertibilität hergestellt werden, wie lassen sich Kombinate in Aktiengesellschaften umwandeln, wie wird ausländisches Kapital geschützt, wie können Aktien erworben werden, wie lassen sich Gemeinschaftsbanken und -unternehmen gründen, wie können gemeinsame Wissenschafts/Produktionskomplexe und Technologieparks entwickelt werden, wie kann ein durch die BRD finanziell gestütztes Modernisierungsprogramm der Wirtschaft aussehen, wie können die verschiedenen Interessenvertretungen der Arbeiter, Angestellten und Konsumenten zusammenarbeiten, wie kann ausländisches Kapital für Reinvestitionsstrategien motiviert werden, wie kann ein Arbeitskräfte-transfer aussehen usw. usf.? Sozialistische Politik muß sich darin bewähren, die Diskussion der Expertenkulturen – angefangen von den Produzentenkollektiven über die Wirtschaftspolitiker bis hin zu den Wirtschaftswissenschaftlern – so in Gang zu setzen und zu synchronisieren, daß produktive Lösungsvorschläge erarbeitet werden, die allseits konsensfähig sind. Unverzichtbar ist hierbei die Förderung von *Öffentlichkeit* und *Einzel- bzw. Kollektivinitiativen*.

Die ersten Umriss eines integrierten Kooperationsmodells in der Wirtschaft ließen sich in folgenden drei Grundlinien skizzieren:

Die notwendigen Voraussetzungen: Diese können wie folgt zusammengefaßt werden:

- a) Sowohl die gesamtgesellschaftlichen als auch die zentralen und dezentralen wirtschaftspolitischen Denk- und Handlungsstrategien müssen von der grundlegenden Einsicht bestimmt sein, daß der einzig erfolgversprechende Ausgang aus dem Teufelskreis der Krise in der Kooperation mit modernen bürgerlichen Gesellschaften, insbesondere mit der BRD besteht. Diese Kooperationschance darf nicht durch taktische oder instrumentierende Hintergrundstrategien verspielt werden, die von der Illusion diktiert sind, sich durch einseitige wirtschaftliche Hilfeleistungen des Partners aufhelfen zu lassen, um dann wieder irgendwann auf Konfrontation zurückzuschalten.
- b) Kooperationsstrategien dürfen nicht als krisendiktierte schmerzliche und defensi-

ve Notlösungen angesehen werden, die man widerwillig entwickelt und durchsetzt, weil einem nichts anderes mehr übrigbleibt. Die Notwendigkeit, von Konfrontations- zu Kooperationsstrategien überzugehen, erwächst aus globalen (Forschungsprojekt »Sozialismustheorie«, 1989) und strategieimmanenten (Axelrod 1988, S. 99 ff.) Zwängen. Sozialistische Potentiale lassen sich nur in Kooperationsmodellen mit modernen bürgerlichen Gesellschaften entfalten.

c) Wirtschaftspolitische Kooperation läßt sich nicht einseitig in hierarchischer Schrittfolge von oben nach unten durchsetzen. Sie kann sich von Anfang an nur im Zusammenwirken von »Top-Down« – (von oben nach unten) und »Bottom-Up« – (von unten nach oben) Strategien durchsetzen. Dies erfordert erstens, darauf zu verzichten, auf Basis der tradierten Sozialismusparadigmen alle wirtschaftspolitischen Ost/West-Kooperationen mit einer liberalisierten »administrativen Hand« von irgendeinem Zentrum aus steuern zu wollen. Dezentrale Kooperationsinitiativen sind nicht zu blockieren oder nur stillschweigend zu dulden, sondern öffentlich herauszufordern und zu fördern. Auf der Ebene der zentralen Wirtschaftspolitik müssen funktionsfähige Organe der Koordination und Synchronisation dieser Initiativen geschaffen werden, in denen Vertreter der je verschiedenen Interessengruppen aus der BRD und der DDR zusammenarbeiten. Zweitens bedeutet dies für die Wirtschaftseinheiten, insbesondere für die Leitungen der Betriebe und Kombinate, ihren durch jahrzehntelange Befehlswirtschaft zusammengeschrumpften Denk- und Handlungshorizont aus eigener Kraft durch selbständige Kooperationsinitiativen zu erweitern. Ein Leitungsstil, der sich lediglich darauf beschränkt, von oben vorgegebene und abgeseignete Muster der Ost/West-Kooperation auszufüllen oder zu modifizieren, reproduziert nur die alten Strukturen in neuem Gewand. Dringend notwendig ist die Entwicklung unterschiedlichster dezentraler Kooperationsmodelle, um in diesem Pool gesamtgesellschaftlich effektive Selektionsstrategien ansetzen zu können.

d) In der BRD existiert ein programmatischer Vorlauf für die Gestaltung wirtschaftlicher Kooperationsformen (Schwartau/Müller 1989). Hier gilt es zunächst anzuknüpfen. Zugleich müssen jedoch alle Anstrengungen unternommen werden, um dieses programmatische Defizit durch eigene komplementäre und/oder alternative Konzeptionen zu schließen. Diese Aufgabe ließe sich durch die kollektive Zusammenarbeit von Wirtschaftspraktikern und -theoretikern aus der BRD und der DDR in problemspezifischen Projektgruppen bewältigen.

Die allgemeine Richtung: Aus einer allgemeinen Theorie der Kooperation (Axelrod 1988, S. 99 ff.) lassen sich mindestens folgende vier grundsätzliche Hauptrichtungen ableiten, entlang derer effektive wirtschaftliche Kooperationsformen entwickelt werden müssen:

a) Die Stabilität der Kooperation in der Gegenwart ist eine Funktion der Kooperation in der Zukunft. In dem Maße, wie das Ende einer Kooperation konkrete Gestalt gewinnt und /oder der aktuelle Vorteil für wichtiger angesehen wird als der künftige, destabilisiert sich Kooperation, weil für beide Partner jene Handlungsstrategien effektiver werden, die sich darauf konzentrieren, aus der Zusammenarbeit noch so

viel wie möglich für sich herauszuholen. Keine Form von Kooperation ist stabil, wenn nicht die Zukunft im Verhältnis zur Gegenwart hinreichend wichtig ist. Wirtschaftliche Kooperationen müssen so strukturiert sein, daß der Schatten der Zukunft nicht abnimmt, sondern mindestens konstant bleibt, sich möglichst sogar in der Kooperation vergrößert. Es gibt drei grundsätzliche Verfahren, den Schatten der Zukunft zu erweitern, erstens durch Dauerhaftigkeit (Bildung von »joint ventures«, Kauf von Aktien etc.), zweitens durch Häufigkeit (Erhöhung der Anzahl der gemeinsamen Wirtschaftsaktionen) und drittens durch Komplexität (Einbeziehung möglichst vieler Ebenen der kooperativen Wirtschaftseinheiten in diesen Prozeß). Konkrete Kooperationsprojekte müssen strategisch, eng und demokratisch, nicht kurzfristig, locker und elitär konzipiert und realisiert werden.

- b) Die Stabilität der Kooperation ist eine Funktion ihrer Reziprozität. Wirtschaftliche Kooperationsprojekte müssen so strukturiert sein, daß sie nicht auf der Ausbeutung der Schwächen des anderen, sondern auf der wechselseitigen Nutzung der jeweiligen Stärken basieren. Das gemeinsame Herausfinden der jeweiligen aktuellen und potentiellen Stärken und Schwächen beider Kooperationspartner ist deshalb unverzichtbar für die Herausbildung wirtschaftlicher Kooperation. Kooperationsstrategien, die von den Traumata »armer Neffe/reicher Onkel« oder »dummer Schüler/kluger Lehrer« gesteuert werden und nur darauf fixiert sind, mit minimalem Einsatz ein Maximum an harter Währung und technischem bzw. organisatorischem Know-how zu realisieren, sind deshalb von vornherein zum Scheitern verurteilt. Die Frage, worin die eigenen Stärken bestehen und wie sie dem Partner in der Kooperation nutzbar gemacht werden können, ist selbständig und offensiv zu beantworten.
- c) Die Stabilität der Kooperation ist eine Funktion der Stärke der Kooperationspartner. Nehmen bei einem Partner seine Schwächen zu und seine Stärken ab, schlägt Kooperation in Kolonisation um und der Schatten der Zukunft verringert sich. Kann die Beziehung nicht ohne weiteres gelöst werden, so verliert dabei tendenziell auch der Stärkere, wie die Beziehung zwischen entwickelten Industrieländern und Entwicklungsländern bei solchen Problemfeldern wie tropischer Regenwald oder Auslandsverschuldung hinreichend deutlich macht.
- d) Die Stabilität der Kooperation ist eine Funktion der Hilfe zur Selbsthilfe. Die Hilfe für einen schwachen Kooperationspartner kann, wenn sie effektiv sein soll, nie karitativ sein. Nur wenn sie so angesetzt und darauf ausgerichtet ist, daß der schwache Partner selbst seine spezifischen Potenzen aktiviert und entfaltet, wird sie erfolgreich sein. Qualität und Quantität der Hilfe eines Partners müssen also an die Bereitschaft und Fähigkeit des anderen gekoppelt werden, jene Strukturen zu verändern, die Selbsthilfe verhindern. Die konkreten Kopplungsmodelle können dabei nicht einseitig durch den Hilfeleistenden diktiert, sondern müssen durch beide Partner kollektiv abgestimmt werden. Dies setzt voraus, daß der schwache Partner selbst konsensfähige Modelle erarbeiten kann.

Der komplexe Inhalt: Wirtschaftlich und gesamtgesellschaftlich effiziente Kooperationsprojekte können nicht in Form von »Zwei-Ebenen-Modellen« realisiert werden,

die die Kooperation auf die finanzielle und die technische Dimension reduzieren. Mindestens folgende vier Kooperationsebenen müssen bei der Konzipierung und Realisierung konkreter Projekte mit berücksichtigt werden:

- a) Soll ein Kooperationsprojekt für beide Partner wirtschaftlich effektiv sein, sind technisch-technologische und organisatorische Umstrukturierungen in den Wirtschaftseinheiten unvermeidlich. Je breiter, tiefer, längerfristig das Kooperationsprojekt angelegt ist, desto einschneidender wird der Umstrukturierungsprozeß sein. Dies muß zwangsläufig zu sozialen Konflikten, neuen Problemfeldern und Widersprüchen zwischen den verschiedenen Interessengruppen führen. Diese Konflikte, Probleme und Widersprüche bedürfen produktiver Lösungsformen, weil sie sonst die notwendigen Umstrukturierungsprozesse und damit letztlich die wirtschaftliche Effizienz des Kooperationsprojektes zeitweilig blockieren oder gar gänzlich verhindern. Diese Lösungsformen müssen, so weit wie irgend möglich, auf der Basis vorhandener Erfahrungen offensiv vorbereitet und kollektiv ausgestaltet werden. Es geht also nicht nur um Geld- und Technik-Transfer, sondern ebenso um den Transfer von sozialem »Know-how«.
- b) Da solche Ost/West-Kooperationsprojekte zwangsläufig qualitativ neue soziale Problemfelder und Konfliktebenen erzeugen werden, ist damit zu rechnen, daß das traditionelle soziale »Know-how« nicht ausreichen wird, um für alle Widersprüche die notwendigen produktiven Lösungsformen zu entwickeln. Es empfiehlt sich deshalb, von Anfang an Sozialwissenschaftler aus Ost und West mit konkreten, problemorientierten Aufgabenstellungen in die Kooperationsprojekte einzu beziehen. Selbst wenn die Forschungsarbeit für das unmittelbare Projekt aufgrund des qualitativ neuen Forschungsgegenstandes nur beschränkt praxiswirksam wird, kann eine begleitende Studie notwendigen konzeptionellen Vorlauf für künftige Projekte schaffen und als soziales »Know-how« verkauft werden (Heider/Mevissen/Bluem 1988).
- c) Auch wenn die notwendigen technischen und organisatorischen Umstrukturierungsprozesse und die daraus resultierenden sozialen Konfliktfelder vermutlich zunächst schwerpunktmäßig den DDR-Partner betreffen werden, so sind davon direkt oder indirekt auch die verschiedenen Interessengruppen der westlichen Wirtschaftseinheit betroffen. Die Institutionalisierung einer kooperationsinternen Interessenkoordinierung wäre deshalb ein unverzichtbarer Bestandteil eines Kooperationsprojekts. Allein ein Blick auf das gegenwärtige Niveau der betrieblichen Gewerkschaftsarbeit in der DDR, die den Anforderungen an eine qualifizierte Interessenvertretung der Werktätigen unter den Bedingungen tiefgreifender Umstrukturierungsprozesse selbst bei großen Anstrengungen kurz- und mittelfristig nicht gewachsen sein wird, macht die Notwendigkeit deutlich, die je verschiedenen Interessen (DDR-Leiter, DDR-Werk tätige, BRD-Management, BRD-Werk tätige) so zu vermitteln, daß nicht spontan entstehende Übereinstimmungen (etwa DDR-Leiter, DDR-Werk tätige, BRD-Management) negativ rückkoppeln (Tarifdruck auf BRD-Werk tätige durch DDR-Billiglöhne), sich gesamtgesellschaftlich verdichten und sozial destabilisieren.

- d) Jedes konkrete Kooperationsprojekt realisiert sich in einem gesamtgesellschaftlichen und gesamtwirtschaftlichen Umfeld. Seine Effizienz hängt von der Stabilität dieses Umfeldes ab. Jedem Kooperationsprojekt wohnt notwendig die Tendenz beider Partner (einschließlich der verschiedenen Interessengruppen) inne, befriedigende Lösungen zu Lasten dieses Umfeldes zu realisieren. Gewinnen diese Tendenzen Raum, verschlechtern sich nicht nur die äußeren Rahmenbedingungen für das konkrete Kooperationsprojekt, es könnte sogar selbst zerbrechen. Kooperationsexterne Interessenkoordinierung liegt somit auch im Interesse der einzelnen Kooperationspartner. Gesetzt nämlich den Fall, die verschiedenen Kooperationsprojekte wirken gesamtgesellschaftlich für die DDR destabilisierend, so würde dies – unter der Voraussetzung, daß die BRD nicht der DDR die Mauer abkauft – zu einer Massenflucht in einem bisher nicht bekannten Ausmaß führen.

Ausgehend von den skizzierten drei Grundlinien eines integrierten Kooperationsmodells besteht nun die Aufgabe darin, funktionsfähige Führungsbeispiele zu schaffen.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Doyle, A.C.: Das Notizbuch des Sherlock Holmes. Sämtliche Sherlock-Holmes-Erzählungen V. Leipzig/Weimar 1986. Letzte Einbandseite /sinngemäß: S. 69). Es mag zunächst mehr als untermaßig erscheinen, ausgerechnet Sherlock Holmes in den brisanten Kontext einzuführen, doch es war kein Geringerer als Umberto Eco, der in einem Interview mit einer französischen Zeitschrift erklärte, er arbeite an einer »Untersuchung über die Analogien zwischen dem Kriminalroman von Conan Doyle und dem Prozeß der wissenschaftlichen Hypothese« (vgl. Fusco 1986, S. 384).
- 2 Ausgehend von Gramsci (1980, S. 277 f.) und Lenin (vgl. LW Bd. 1 (1974), S. 302, LW Bd. 6 (1973) S. 180) ließe sich eine Machtstruktur zunächst grob als eine spezifische Verknüpfung dreier Handlungsebenen beschreiben, nämlich *Wissen* (Theorie), *Führen* (Ideologie) und *Herrschen* (Politik). *Machtausübung* ist die *Fremdsteuerung von Verhalten*, wobei auf der Basis eines (auch verkörperten Erfahrungs-) Wissens über die jeweilige Machtstruktur Strategien der *externen* (Herrschaft) und *internen* (Führung) Verhaltenssteuerung – durchaus nicht unbewußt – entwickelt und angewandt werden (vgl. Marz 1988).
- 3 Wenn Marx mit Blick auf die moderne bürgerliche Gesellschaft notiert, »die automatische Fabrik beseitigt die Spezialisten und den Fachidiotismus« (MEW Bd. 4, S. 157), so bestätigt gegenwärtig gerade die massenhafte Durchsetzung der Computer-Techniken diesen Trend. Computer-Techniken erfordern nämlich »Ausbildungsgänge zum ›Produktionsmechaniker‹, zum ›Hybridfacharbeiter‹ oder zum ›Mechaniker in der Fertigung‹. Ganz egal, wie diese Berufsbezeichnungen nun im einzelnen heißen: Gefragt ist künftig kein ›Fachidiotentum‹, sondern fachübergreifendes Denken... Hier einige wichtige Anforderungen an die Mitarbeiter in modernen Fertigungsbetrieben: Die dispositiven, planerischen Fähigkeiten sind mehr denn je gefordert. Dies gilt besonders für gruppenorientierte Produktionsstrukturen, wie flexible Fertigungssysteme, die durch Reduzierung bzw. völlige Aufhebung der vertikalen Arbeitsteilung gekennzeichnet sind. Vorausschauendes Denken ist notwendig. Insbesondere bei Störsituationen gilt es, Alternativen zu suchen. Kooperation und Kommunikation im Team ist unabdingbar, da eine CIM-Fabrik ja nicht von einer ›Schaltzentrale‹ aus bedienbar ist«. (Chip, Heft 9/1988, S. 304) Zur differenzierten empirischen Analyse dieses Trends in der BRD siehe z.B. auch die Untersuchungen des SOFI Göttingen (vgl. Kern/Schumann 1976; Vosskamp/Witte-mann/Witke 1989; Kern/Sabel 1989, S. 602 ff.)

Literatur

- Althusser, L. (1977): *Ideologie und ideologische Staatsapparate*, Aufsätze zur marxistischen Theorie, Hamburg/Westberlin
- Axelrod, R. (1988): *Die Evolution der Kooperation*, München
- Boltjanskij, V.G./Efremovic, V.A. (1988): *Anschauliche kombinatorische Topologie*, Berlin
- Brie, M. (1988): Die Erarbeitung einer Konzeption des modernen Sozialismus – Thesen in der Diskussion, in: *Forschungsprojekt Sozialismustheorie: Philosophische Grundlagen der Erarbeitung einer Konzeption des modernen Sozialismus*. Materialien der Eröffnungsberatung, November, Humboldt-Universität zu Berlin, Sektion marxistisch-leninistische Philosophie
- Brie, A./Brie, M./Land, R./Segert, D. (1988): Zum Problem des Zusammenhangs von Sozialismustheorie, Epochentheorie und Theorie des modernen Kapitalismus, in: *Forschungsprojekt Sozialismustheorie: Philosophische Grundlagen...* a.a.O.
- Charwat, H.-J. (1985): Mensch-Maschine-Kommunikation in Produktionsanlagen, in: *Siemens Energie & Automation*, Heft 6
- Chip, Heft 9/1988
- Doyle, A.C. (1986): *Das Notizbuch von Sherlock Holmes*. Sämtliche Sherlock-Holmes-Erzählungen V., Leipzig/Weimar
- Dreyfus, H.L./Rabinow, P. (1987): *Michel Foucault*. Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik, Frankfurt a.M.
- Forschungsprojekt Sozialismustheorie (1989): *Überlegungen zu Problemen und Perspektiven des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels des Sozialismus und der Weiterentwicklung gesellschaftsstrategischer Konzeptionen in der DDR und anderen sozialistischen Staaten des RGW* (Studie) (2. Fassung), Humboldt-Universität zu Berlin, Sektion marxistisch-leninistische Philosophie, Juli/November
- Foucault, M. (1979): *Überwachen und Strafen*, Frankfurt a.M.
- Fusco, M. (1986): Gespräch mit Umberto Eco, in: »Sinn und Form« ,Heft 2, S. 38
- Gorbatschow, M. (1987a): *Umgestaltung und neues Denken für unser Land und für die ganze Welt*, Berlin
- Gorbatschow, M. (1987b): *Rede und Schlußwort auf dem Plenum der KPdSU (27./28. Januar)*, Berlin
- Gorbatschow, M. (1988): Antworten auf Fragen des Nachrichtenmagazins »Der Spiegel«, in: *Informations Bulletin*, Nr. 12/1988
- Gorbatschow, M. (1989): Die Zeit verantwortungsbewußter Entscheidungen und praktischer Taten, in: *Informations Bulletin*, Nr. 1/1989
- Gramsci, A.: (1980): *Zu Politik, Geschichte und Kultur*. Ausgewählte Schriften, Leipzig
- Hartmann, W.D. (1987): Entwicklungstendenzen ausgewählter Managementtechniken, in: Becker, H./Heyse, V./Gentner, J.: *Beiträge zur Erhöhung des schöpferischen Niveaus in Forschung und Entwicklung*. Beiträge 2., Bauakademie der DDR/Kombinat VEB Carl Zeiss Jena, Berlin/Jena
- Heider, F./Mevissen, M./Bluem, B. (1988): *Fast wie im wirklichen Leben*. Strukturanalyse selbstverwalteter Betriebe in Hessen, Gießen
- Japan Management: Association (ed.) (1986): *Kanban. Just-In-Time at Toyota*. Management Begins at the Workplace, Stanford, Connecticut/Cambridge, Massachusetts
- Kern, H./Schumann, M. (1976): *Das Ende der Arbeitsteilung?* Rationalisierung in der industriellen Produktion, München
- Kern, H./Sabel, Ch.F. (1989): Gewerkschaften im Prozeß der industriellen Reorganisation – Eine Skizze ihrer strategischen Probleme, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, Heft 10, S. 602 ff.
- KPdSU (1986): *XXVII. Parteitag der KPdSU*. Dokumente, Moskau
- KPdSU (1987): Beschluß des Plenums des ZK der KPdSU »Über die Aufgaben der Partei bei der grundlegenden Umgestaltung der Wirtschaftsleitung«, in: *Informations Bulletin*, Nr. 9/1987
- KPdSU (1988): *XIX. Unionskonferenz der KPdSU*. Dokumente und Materialien, Moskau
- Krüger, H.-P. (1988). Die kapitalistische Gesellschaft als die erste moderne Gesellschaft, in: *Forschungsprojekt Sozialismustheorie: Philosophische Grundlagen...* a.a.O.
- Kusminow, I.I. (1976): *Abriß der politischen Ökonomie des Sozialismus*, Methodologie, Berlin
- Lenin, W.I. (LW Bd. 1) (1974): *Was sind die »Volksfreunde« und wie kämpfen sie gegen die Sozialdemokraten?*, Berlin

- Lenin, W.I. (LW Bd. 6) (1973): *Revolutionäres Abenteuerertum*, Berlin
- Lenin, W.I. (LW Bd. 27) (1974): *Schlußwort zum Referat über die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht*, Berlin
- Lenin, W.I. (LW Bd. 27) (1974): *Über »linke« Kinderei und über Kleinbürgerlichkeit*, Berlin
- Linhart, R. (1980): *Eingespannt*, Erzählung aus dem Innern des Motors, Berlin
- Luhmann, N. (1988): *Die Wirtschaft der Gesellschaft*, Frankfurt a.M.
- Marx, K. (MEW Bd.. 4) (1974): *Das Elend der Philosophie*, Berlin
- Marx, K. (MEW Bd.. 23) (1979): *Das Kapital*, Erster Band, Berlin
- Marz, L. (1988): *Motiv und Computer*. Eine mikrosoziologische Studie über die Einführung der C-Techniken im Industriebetrieb (unveröffentl. Manuskript), Berlin, Dezember
- Marz, L. (1989): *Technik-Akzeptanz und Eigenverhalten*. Prolegomena zur theoretisch-empirischen Analyse eines Schein-Problems (unveröffentl. Manuskript), Berlin, August
- Marz, L./Weidmann, R./Tietze, Ch. (1989): Offenlegung unserer wirtschaftlichen Situation, in: Neues Forum Arbeitsgruppe Wirtschaftspolitik (Hg.), *Informationsblatt* vom 13.11.89
- Marz, L./Wohanka, S. (1989): Philosophische Probleme der Komplexitätsbewältigung in der materiellen Produktion, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*, Heft 3, S. 248 ff.
- Ökologische Briefe*, Ökologische Fachinformation für Politik, Wirtschaft und Verwaltung, Nr. 47/22 11/1989, S. 12 (Bedingungen eines ökologischen Umbaus der DDR)
- Pokrytan, A.K. (1981): *Das Historische und das Logische in der ökonomischen Theorie des Sozialismus*, Berlin
- Schmeljow, N. (1989): *Perestroika aus der Sicht eines Ökonomen*, Moskau
- Schwartau, C. (1988): Innovationspotentiale im ökonomischen System der DDR, in: *Osteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens*. Sonderdruck. Otto Wolff von Amerongen zum 70. Geburtstag, Stuttgart
- Schwartau, C./Müller, E. (1989) Unter Brüdern, in: *»Capital«*, Heft 11
- Stiehler, G. (1974): *Gesellschaft und Geschichte*. Grundlagen und Triebkräfte des historischen Fortschritts, Köln
- Stiehler, G. (1981): *Dialektik und Gesellschaft*. Zur Anwendung der Dialektik im historischen Materialismus, Berlin
- Voskamp, U./Wittmann, K.P./Wittke, V. (1989): *Elektroindustrie im Umbruch*, Zur Veränderungsdynamik von Produktionsstrukturen, Rationalisierungskonzepten und Arbeit, Göttingen (SOFI)